

Vorlage 12

zu TOP 4

2. Tagung der 46. Synode

BERICHT

von Bischof Peter Krug

*vor der 46. Synode
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg*

am 14.11.2002

Zukunftsorientierung im Zeichen der Hoffnung

Grundhaltung	Seite	1
I. Maße des Menschlichen	Seite	2
II. Ringen um Gerechtigkeit und Frieden	Seite	5
III. Solidarität auf dem Prüfstand	Seite	8
IV. Charta Oecumenica	Seite	11
V. Evangelische Reformen und Aktionen	Seite	13
Mit irdischen Schritten zu himmlischen Zielen	Seite	16

Bericht des Bischofs

Hohe Synode, Herr Präsident, liebe Schwestern und Brüder!

"Die Evangelische Kirche verkündigt das Evangelium, das dem Leben des einzelnen Menschen und der Gesellschaft eine *Zukunftsorientierung im Zeichen der Hoffnung* zu geben vermag." So heißt es gegen Ende der Kundgebung, die von der Synode der EKD zum diesjährigen Schwerpunktthema "Was ist der Mensch?" verabschiedet worden ist. Damit stimmt die evangelische Christenheit in Deutschland nicht in die abgehobenen Sphärenklänge religiöser Weltflucht ein. Im Gegenteil. Im nächsten Satz steht wörtlich: "Voraussetzung dafür ist sowohl eine Realitätswahrnehmung, die die bedrohlichen, besorgniserregenden Elemente nicht ausblendet, als auch die Zuversicht, dass die in Jesus Christus Mensch gewordene Liebe Gottes größer ist als alles, was den Menschen und die Welt gefährdet. Und das gilt auch angesichts der Gefährdungen, die vom Menschen selbst ausgehen."

Dieses tiefe Gottvertrauen angesichts der Begrenztheit irdischen Lebens und der Brüchigkeit menschlicher Beziehungen zieht sich im ständigen Wechsel von Lob und Dank, von Klage und Bitte wie ein roter Faden durch die ganze Heilige Schrift. In besonderer Weise geben viele Psalmen sehr ehrliche Einblicke in die Gemütsverfassung und Gedankenwelt der Gläubigen, wenn sie zwischen Zweifel und Zuversicht hin- und hergerissen werden. Aber fast überall, selbst in der leidgeprüften Geschichte eines Hiob und in den depressiven Phasen des Apostels Paulus überwiegen immer wieder die hellen Töne der Hoffnung das tiefe Brummen der Verzweiflung.

Aus solcher Grundhaltung heraus gilt es, positive Ansätze zur Zukunftsgestaltung in Kirche und Gesellschaft zu entdecken, zu entwickeln und zu fördern. Bevor ich in fünf Abschnitten Themenbereiche beleuchten möchte, die mir als Christ und Bürger für unsere Region und unsere oldenburgische Kirche bedenkenswert erscheinen, soll uns ein Psalm ermuntern, den der Christ und Kabarettist Hanns Dieter Hüsch geschrieben hat.

Solange in meinem Herzen
Und in meinem Kopf der Gesang
Von Liebe und Zuversicht wohnt
Das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten
zu spüren ist
Freundschaft und Friede mit allen Kreaturen
In meinen Augen sitzen
Solange wird es auch diese Erde geben
Mit all ihren Menschen
Die guten Willens sind
Die über sich hinauswachsen
Und es eines Tages doch noch schaffen
Den Halsabschneidern und Blutsaugern
Kindermördern und Frauenschändern
Und ihren feinen Handlangern im Hintergrund
Das Handwerk zu legen
Auf dass die Erde Heimat wird für alle Welt
Solange unsere Herzen dafür schlagen
Dass sich die Utopie erfülle
Im Kleinen wie im Ganzen
Solange wir leben und wachsen
Solange gibt es sie auch.

I. Maße des Menschlichen

In der besagten Kundgebung zur Frage, was der Mensch sei, ist der Versuch unternommen worden, das christliche Verständnis vom Menschen in groben Zügen zu beschreiben und es nach innen und nach außen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Menschenbild einzubringen. Diese Erklärung besteht aus einer Mischung von grundsätzlichen Erwägungen im Spannungsfeld von Philosophie und Theologie einerseits und aktuellen Erörterungen zum Schutz der Menschenwürde in der ganzen Spanne seines Lebens und seiner Einbindung in wirtschaftliche, nachhaltige und bildungspolitische Zusammenhänge andererseits.

In dieser Kundgebung wird auch in Kurzform die Diskussion aufgenommen, die in der Kirche wie in der ganzen Gesellschaft seit Jahren über den Anfang und das Ende menschlichen Lebens geführt wird. Da ich mich in diesem Bericht vor allem der Mitte des Lebens zuwenden möchte, sei hier nur auf die Grundproblematik der strittigen Themen hingewiesen.

Während sich am Lebensende hauptsächlich die Frage stellt, ob eine Sterbehilfe, aktiv oder passiv, moralisch gerechtfertigt und gesetzlich zu regeln sei, wiegt das Bündel von medizin- und bioethischen Fragen am Lebensanfang zunehmend schwerer, so dass eine umfassende Bewertung der vorgeburtlichen Diagnostik mit den pränatalen (PND) und präimplantativen (PID) Aspekten sowie der Nutzung embryonaler Stammzellen aus der In-vitro-Fertilisation zum reproduktiven und sogenannten therapeutischen Klonen nur noch von Fachleuten und spezialisierten Laien vorgenommen werden kann. Mit ihrem Text 71 (August 2002) hat die EKD eine Argumentationshilfe zu den aktuellen Fragen in der Medizin und der Bioethik unter dem Titel "Im Geist der Liebe mit dem Leben umgehen" herausgegeben.

Zu den konkreten Problemen am Anfang menschlichen Lebens wird festgestellt: Es besteht "Einmütigkeit darüber, dass die Menschenwürde und der Lebensschutz, der dem Menschen fraglos zukommt, bis in die allerersten Anfänge des Menschseins reicht und einen ethischen Schutzanspruch begründet. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, ob alle menschlichen Embryonen als Menschen zu verstehen sind und ihnen deshalb Würde und Lebensschutz in vollem Umfang zukommt." (S.20) Ungeachtet dieser offenen Frage haben Weihbischof Timmerevers und der Bischof von Oldenburg in einer erstmals gemeinsamen Pressekonferenz die "Woche für das Leben" im April eröffnet. Das Thema lautete: Von Anfang an das Leben wählen statt auswählen.

Im Blick auf die Fragen am Ende menschlichen Lebens vertritt die EKD-Argumentationshilfe erneut die Position der evangelischen Kirche, eine aktive Hilfe zum Sterben des Menschen abzulehnen, aber jede mögliche Hilfe beim Sterben (passive Sterbehilfe) zu befürworten. Auf die schon länger angebotene "Christliche Patientenverfügung" sei noch einmal hingewiesen. Die jüngst erfolgte Gründung der Stiftung Evangelischer Hospizdienst Oldenburg unterstreicht die Entschlossenheit unserer Kirche, dem zunehmenden Bedarf an der Begleitung sterbender Menschen und trauernder Angehöriger mit der Unterhaltung eines ambulanten und stationären Hospizdienstes Rechnung zu tragen.

Schließlich sei angemerkt, dass ich dem Wunsch der Angehörigen von „Euthanasie“-Opfern in der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Wehnen gerne nachgekommen bin, am ersten September 2002 in einem Gedenkgottesdienst in Ofen die Predigt zu halten. (Anlage 1) "Wat mööt wi hier smachten in de Anstalt Wehnen! De Plegers und de Dokters frät us dat Fleesch ut'n Pott ..." Das war die Frage eines zum Tode durch Hungersterben verdamnten Patienten im Nationalsozialismus.

Wenden wir uns nun der Mitte menschlichen Lebens zu, indem wir nach Bildung in menschlichen Maßen aus evangelischer Sicht fragen.

Die Serie von Attentaten eines Mannes mit seinem Stiefsohn im Großraum von Washington vor kurzem und das Massaker im Gutenberg-Gymnasium in Erfurt, bei dem 16 Menschen einschließlich des Täters getötet

worden sind, ruft zunächst Entsetzen und Ratlosigkeit hervor. Schnell jedoch setzt die Diskussion darüber ein, ob und wie solche Taten hätten vermieden werden können. Die Frage eines Reporters an mich, ob die Kirche in dem Erfurter Fall versagt habe, hat mich empört und nachdenklich gemacht. Wie soll „die“ Kirche in das Herz eines jungen Menschen schauen und Unheil voraussagen können, wenn engste Angehörige und Freunde nicht merken, was sich in einem Menschen unter einer fröhlichen Maske an Enttäuschung, Verzweiflung und Aggression aufgestaut hat. Jedes Jahr sterben deutlich mehr Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle, nämlich über 11.000. Aber die Frage bleibt natürlich im Raume stehen an die Verantwortlichen in Kirche, Gesellschaft und Politik, wie wir durch Bildung in einem sehr weiten Sinne Kinder, Jugendliche und Erwachsene mehr und mehr befähigen, keine Hand an das eigene oder an fremdes Leben zu legen. Eine einfühlsam hilfreiche Rolle spielen in Lebenskrisen unsere Beratungsangebote in Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven, die seit 2001 in einem organisatorischen Verbund arbeiten. Die oldenburger Beratungsstelle für Ehe-, Jugend- und Lebensfragen konnte am 31.10.2001 auf fünfzig Jahre wichtiger und seit 26 Jahren ökumenischer Arbeit zurückblicken.

So sehr die Bildungsdiskussion in Deutschland und auf europäischer Ebene durch die Studie PISA 2000 angeregt worden ist und zu einer Fülle von Überlegungen, durch welche Maßnahmen der internationale Rückstand des deutschen Schulwesens überwunden werden kann, geführt hat, so sehr wird auch deutlich, dass durch die Verbesserung der Basiskompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zwar Schulerfolge und Berufschancen eine Förderung erfahren, aber eine umfassende Bildung für das Leben in all seinen Phasen und Facetten nicht gewährleistet werden kann.

Dankenswerterweise hat der Rat der EKD unter dem Titel "Maße des Menschlichen" evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft verabschiedet. Sie werden Anfang 2003 erscheinen.

Die Kernaussagen betreffen Bildung und Menschsein. Gefragt wird nach den Maßstäben, an denen Bildung in ihrer humanen Qualität zu messen ist. Was dient dem Menschen, jedem Einzelnen wie der menschlichen Gemeinschaft, die heute nur noch in einem globalen Horizont verstanden werden kann? Das Bildungsverständnis dieser Stellungnahme unterscheidet sich von dem anderer gesellschaftlicher Instanzen in folgenden Punkten:

- Weil Bildung und Menschsein zusammengehören, werden die konkreten Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und damit das zugrunde liegende Menschenbild vor Augen gerückt.
- Das eigene Bildungsverständnis korrespondiert mit theologischen Grundsätzen.
- Das volle Spektrum der Aufgaben einer "zeitgemäßen Bildung" wird diskutiert.

Zu diesem Verständnis einer mehrdimensionalen Bildung wird der Radius um den Blick auf acht Bildungsaspekte erweitert, die für sich genommen alle nicht neu sind, aber in ihrer Kompaktheit als programmatischer Ansatz für evangelische Bildung in allen Lebens- und Bildungsbereichen hilfreich sein können.

Die Stichworte, die ich unkommentiert aneinander reihe, werden in eigenen Kapiteln erläutert. Bildung umfasst Lernen, Wissen, Können, Wertbewusstsein, Handeln und Sinn; Bildung der Zukunft braucht Raum für das Unerwartete; Bildung gliedert ökonomische Leistungserwartungen in die Entwicklung der Person und Kultur ein; Globalisierung erfordert interkulturelle und interreligiöse Bildung; der vernünftige Umgang mit neuen Technologien setzt Bildung voraus; Bildungsprozesse verlangen Zeit und gesammelte Anstrengung; Bildung braucht Geschichtsbewusstsein, Erinnerung und Gedenken; zur Bildung gehören Transzendenz und Gottesfrage.

Wenn Bildung sich auf alle Menschen in allen Lebens- und Bildungsbereichen bezieht, muss die Kirche zuerst für sich selbst diese Einsicht beherzigen. Die Bildungsverantwortung der Kirche entfaltet sich zum einen in Gottesdienst, Gemeindegemeinschaft, Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren in den Kirchengemeinden, zum anderen als kirchliche Bildungsmitverantwortung in der Kinder- und Jugendhilfe sowie

in der Arbeit in Kindergärten, Schulen, Betrieben, Universitäten und anderen Einrichtungen.

Die 7. Synode der Konföderation hat sich auf ihrer letzten Tagung im September in Hannover mit dem Thema Bildung befasst und dazu ein Wort der Synode verabschiedet, in dem es am Ende heißt: „Die Ev. Kirchen in Niedersachsen werden sich in allen Bereichen kirchlichen Lebens verstärkt für christliche Bildung und Erziehung einsetzen und die öffentliche Bildungsdiskussion kritisch begleiten.“

An dieser Stelle möchte ich allen Verantwortlichen in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern unserer Kirche für ihren Dienst am Menschen danken. Nicht nur bei unseren Profis in der Akademie, in der Erwachsenenbildung, in den Familienbildungsstätten und Beratungsstellen, in der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Bewusstsein für eine Erweiterung der Bildungsinhalte und –prozesse gewachsen. Auch in der Aus- und Fortbildung der Pfarrerschaft, der Diakone, der Erzieherinnen in den Kindertagesstätten und der Mitarbeitenden in der Seniorenarbeit sind neue Schwerpunkte gesetzt worden, die den anvertrauten Menschen besser gerecht werden sollen. Stellvertretend für alle Arbeitsbereiche unserer Kirche nenne ich die haupt- und ehrenamtlichen Tätigen in der Jugendarbeit, im Religionsunterricht und in der Frauenarbeit, weil ich dort in den vergangenen Jahren meine Schwerpunkte im Besuchsdienst von Gruppen und Institutionen gesetzt und viele Männer, Frauen und Jugendliche als bildungsbewusste Menschen kennen und schätzen gelernt habe.

Einige Wünsche und Forderungen, die bei meinen Besuchen in der Frauenarbeit im letzten Jahr an 18 Vormittagen, Nachmittagen oder Abenden geäußert worden sind, möchte ich hier als Anregung weitergeben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in großer Zahl ehrenamtlich tätig sind, sollten wenigstens einmal im Jahre die Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit erfahren (zum Beispiel Neujahrsempfang für Mitarbeitende). Als häufig wiederkehrendes Defizit kam die mangelnde Vernetzung aller zum Beispiel in einer Gemeinde mitarbeitenden Frauen und Männer zur Sprache. An verantwortlicher Stelle fehlt manchmal das Bewusstsein dafür, die mit großem Einsatz von Zeit, Phantasie und Geld engagierten Kräfte mit regelmäßigen Informationen aus den anderen Arbeitsgebieten zu versorgen und an den Planungen für das kirchliche Leben zu beteiligen. Auf dem Hintergrund eines umfassenderen Bildungsverständnisses sollten die Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb der Gemeinde oder eines übergemeindlichen Arbeitsgebietes verbessert werden. Es sollte selbstverständlich werden, den ehrenamtlich Mitarbeitenden, besonders im jüngeren Alter, Bescheinigungen über ihre Tätigkeit auszustellen, die bei Stellenbewerbungen im Beruf nützlich sind. Wenigstens zweimal wurde der wichtige Gedanke geäußert:

Was nützt uns alle Frauenbildungsarbeit, wenn es keine Angebote einer Männerbildungsarbeit gibt. Der Oberkirchenrat hat zwischenzeitlich eine neue Beauftragung für die Männerarbeit in unserer Kirche ausgesprochen.

Die kontinuierliche Verbesserung kirchlicher Arbeit wird getragen von der Hoffnung, Menschen auch in ihren Krisen zu begleiten und persönliche Katastrophen verhindern zu helfen. Ganz wird das nie gelingen. Aber es ist niemandem verwehrt, sich zu guten Taten anstiften zu lassen, wie es sich die neu gegründete Evangelische Familienstiftung Wilhelmshaven auf ihre Fahnen geschrieben hat. Diese "Stiftung für Leben und Lernen in Familien" will insbesondere den Bestand und die Entwicklung der evangelischen Familien-Bildungsstätte Wilhelmshaven fördern und Projekte Wilhelmshavener Kirchengemeinden unterstützen, die das Leben in und mit Familien stärken. Auch solche Aktivitäten tragen zur Zukunftsorientierung im Zeichen der Hoffnung bei.

Als neues Angebot der EKD ist zunächst als Projekt die religionspädagogische Plattform im Internet eingerichtet worden (www.rpi-virtuell.de). In dem „Haus mit vielen Räumen“ findet Kommunikation, Austausch und Information statt. Unterrichtsmaterial, Methoden, Stichwortkataloge, virtuelle Studienzimmer, Online-Seminare und Diskussionsforen können abgerufen werden.

II. Ringen um Gerechtigkeit und Frieden

Einen dauerhaften Frieden ohne ein Mindestmaß an Gerechtigkeit kann es nicht geben, weder im zwischenmenschlichen Bereich noch im Verhältnis von Völkergruppen oder Staaten untereinander. Schon im Psalm 85 wird dieser Zusammenhang gesehen, wenn in der Bitte um neuen Segen der Wunsch ausgesprochen wird, „dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Vers 11).

Die brutalen Anschläge in den USA am 11. September 2001 haben die Welt erschüttert, weil mit den Selbstmordattentaten einer neuen Dimension die Überzeugung, sich vor Angriffen von außen militärisch schützen zu können, eine empfindliche Niederlage erlitten hat. Die jüngsten Ereignisse in dem Moskauer Theater, bei dem über 120 Menschen ihr Leben lassen mussten, sind ein weiterer Beleg dafür, wie fanatisierte Gruppen ihre Ziele ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben und das vieler unbeteiligter Frauen, Männer und Kinder verfolgen.

In dem ökumenischen Gottesdienst am 12. September 2001 in St. Lamberti habe ich deutlich festgestellt: „Nichts kann solche Taten rechtfertigen – kein politisches oder religiöses Motiv, kein erlittenes Unrecht oder gar eine Idee der Weltverbesserung.“ Ich habe aber auch damals schon auf den Mangel an Gerechtigkeit hingewiesen, „wenn wir die krassen Unterschiede zwischen Industrie- und Ölländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits bedenken“. (Anlage 2) Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger trat unmittelbar nach dem Angriff auf New York und Washington dafür ein, „nicht blind Rache zu üben“. Die Frage, mit welchen politischen oder militärischen Mitteln die Urheber jeden Terrors zu fassen und vor Gericht zu stellen sind, bleibt nicht nur zwischen Amerika und seinen Verbündeten, sondern auch in den Vereinigten Staaten selbst sehr umstritten. Bei der weltweit zunehmenden Distanzierung von einer Reaktion durch Krieg, selbst mit UNO-Mandat, spielt eine große Rolle, dass in Afghanistan beim Kampf gegen das Terrornetzwerk kein eindeutiger Erfolg erzielt werden konnte, dafür aber weit mehr zivile Opfer in Afghanistan als in New York und Washington zu beklagen sind. Viel zu wenig jedoch wird darüber nachgedacht, welche Motive Volksgruppen oder ganze Staaten dazu treiben, mit Erpressung und terroristischer Gewalt ihre Interessen meinen durchsetzen zu müssen.

Mit dieser neuen Art von „Kriegsführung“ kommt der alte Zielkonflikt neu auf die Tagesordnung der Weltpolitik, nach der aus christlicher Sicht einerseits Menschenrechtsverletzungen nicht sein dürfen und andererseits Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf, wie es 1948 der Ökumenische Rat der Kirchen formuliert hat. In seinem Aufsatzband „Für eine menschliche Gesellschaft“ hat der Bochumer Professor für christliche Gesellschaftslehre, Günther Brakelmann, 1996 Thesen zum Frieden als einen ständigen politischen Leistungsprozess vorgelegt. Brakelmann geht von dem „grundsätzlich nicht aufhebbaaren Dilemma“ aus, „Friedenspolitik zu betreiben, aber mit der ständigen Möglichkeit von Kriegen gleichzeitig zu rechnen“. Daraus folgt für ihn folgende These:

Das bedeutet, dass man über Frieden nur in Beziehung zum Krieg und über Krieg nur in Beziehung zum Frieden nachdenken und reden kann. Es hat wenig Sinn, eine hohe Friedensethik zu entwerfen, wenn man sich nicht gleichzeitig mit den uns bekannten Kriegsursachen beschäftigt. Krieg ethisch zu verneinen und dagegen Frieden ethisch zu postulieren, reicht nicht aus. Frieden ist das am wenigsten Selbstverständliche in der Geschichte. Jede Friedenszeit ist zugleich immer Vorkriegszeit, da Ursachen zum Krieg immer vorhanden sind. Die Zeit als Friedenszeit zu erhalten bedeutet, die in ihr liegenden möglichen Kriegsursachen zu identifizieren und sie durch zielgerichtetes

politisches Handeln zu minimalisieren. Das ethische Postulat, Kriege als Mittel der Politik abzuschaffen, hat nur dann einen Sinn, wenn man gleichzeitig eine Politik konzipiert, die den realgeschichtlichen Ursachen von Kriegen zu Leibe rückt. Die ökonomischen, sozialen, kulturellen, religiösen, ideologischen und anderen Ursachen, die die Bereitschaft zu gewalttätigen Konfliktlösungen fördern, müssen analysiert werden, um durch zielgerichtetes Handeln die politischen Voraussetzungen für andere gewaltfreie Lösungen der Konflikte zu schaffen. Kriegsursachenforschung ist also die Voraussetzung von Friedenspolitik. (S. 118f)

Mit der Ursachenforschung tun sich viele Länder schwer, wenn sie sie überhaupt ernsthaft betreiben. Was die Vereinigten Staaten angeht, so hat sich bereits im Frühjahr 1999 Robert Bowman zu dem Phänomen terroristischer Angriffe auf die USA geäußert. Er, der als Oberstleutnant 101 Kampfangriffe in Vietnam geflogen hat und heute Bischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida ist, kommt zu dem Ergebnis: Weil wir gehasst werden. „Wir sind das Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht.“ Er belegt seine Sicht der Dinge durch Interventionen der Vereinigten Staaten in vielen Ländern der Erde in den letzten Jahrzehnten. Diese These von R. Bowman ist natürlich umstritten. Es liegt mir fern, mich dem Schwarz-Weiß-Schema von Freunden oder Feinden Amerikas zuordnen zu lassen. Wichtig erscheint mir die Bereitschaft jeden Landes zur Ursachenforschung gegenüber feindlichen Einstellungen von außen, um im eigenen Bereich und im Austausch mit dem potentiellen Gegner nach Möglichkeiten zu suchen, aufgestaute Aggressionen politisch zu bearbeiten und abzubauen. Es ist der Bevölkerung und der Politik in den Vereinigten Staaten und der Russischen Republik zu wünschen, dass sie Wege für eine Deeskalation mit ihren Gegnern finden.

In ihrer Kundgebung von der November-Synode 2001 zur Friedenspolitik in der gegenwärtigen Situation hat die EKD festgestellt: „Über politische und militärische Einschätzungen mögen wir auch in der Kirche unterschiedlicher Ansicht sein. Bei aller Differenz in unserer Sichtweise und bei allem Zwiespalt, der auch unserer Einschätzung anhaftet, bleibt es doch unstrittig: Auch die EKD hat unter Berufung auf das Bekenntnis zu Jesus Christus jeden Einsatz militärischer Gewalt dem Friedens- und Mäßigungsgebot unterstellt und – wo immer möglich – die Gewaltlosigkeit als die dem Christen allemal vorrangig zur Verfügung und zu Gebote stehende Handlungsmaxime bestimmt. Schon deswegen gilt: Die ultima ratio militärischen Handelns muss ultima ratio bleiben.“

Auf zwei Publikationen der EKD möchte ich als Möglichkeit zur eigenen Lektüre oder zum Gespräch in der Gemeinde hinweisen. Der EKD-Text Nr. 48 von 1994 mit dem Titel „Schritte auf dem Weg des Friedens, Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik“ hat im vergangenen Jahre eine Ergänzung erfahren durch eine Zwischenbilanz unter der Überschrift „Friedensethik in der Bewährung“. In der dritten aktualisierten Auflage sind beide Texte vereinigt. Mit dem Text 72 unter dem biblischen Leitgedanken „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ werden gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika erörtert. Auf den Grundlagen aktueller Friedensforschung beleuchtet die Studie die Dynamik der neuen innergesellschaftlichen Kriege. Dabei werden die Faktoren Religion und Ethnie untersucht. Die Schrift zeigt Chancen und Grenzen für kirchliches Handeln auf.

Wenn die These stimmt, dass es einen dauerhaften Frieden nur mit einem Mindestmaß an Gerechtigkeit geben kann, dann wäre nun darüber nachzudenken, wie globale Wirtschaft verantwortlich gestaltet werden kann. Dazu hat sich im vergangenen Jahr die EKD-Synode in ihrem Schwerpunktthema geäußert. Auf dem Allgemeinen Pfarrkonvent unserer Kirche im September dieses Jahres ist das Thema mit Fachleuten aus

deutscher Sicht und aus der Perspektive von Entwicklungsländern behandelt worden. In seiner Berliner Rede am 13. Mai 2002 hat auch der Bundespräsident zu dem Komplex Stellung genommen: „Chance, nicht Schicksal – die Globalisierung politisch gestalten“. Auf dem Hintergrund verschiedener Bankenkrisen und Börseneinbrüche verschärft sich die Debatte darüber, wem die ökonomische Globalisierung mehr nützt oder schadet. So hat auf der einen Seite das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln 2002 eine kleine Broschüre zum „Streitfall Globalisierung: Eine Debatte voller Irrtümer“ herausgegeben, um Vorurteile und Missverständnisse aufzuklären und Ängste abzubauen. Sie setze dort an, wo die Gegner der Globalisierung ihre Kritik festmachen, und zeige, wie wichtig es ist, die wirtschaftlichen Zusammenhänge unvoreingenommen zu analysieren. Aus anderer Sicht nimmt mit einer Broschüre vom März 2002 der Ökumenische Rat der Kirchen die Politik der internationalen Finanzinstitute ins Visier. „Führe uns nicht in Versuchung ...“ lautet der Titel dieses Hintergrunddokumentes, das als Antwort der Kirchen auf die wirtschaftliche und finanzielle Globalisierung verstanden werden soll. Schließlich möchte ich auf eine kleine Publikation unseres Evangelischen Entwicklungsdienstes (eed) hinweisen, in der unter dem Titel „Land Gottes, Land für alle“ die Bekämpfung der Armut durch Agrarreformen gefordert wird. In einer kurzen Problemskizze heißt es: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind 800 Millionen Menschen unterernährt, müssen 1,2 Milliarden mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Das Gros der Hungernden lebt auf dem Lande, dort wo Nahrung angebaut wird.“

Doch vielerorts ist den Armen der Zugang zu Ackerflächen verschlossen. Das erklärt, warum 70 % der hungernden Kinder in Ländern leben, die Nahrungsmittelüberschüsse produzieren. Agrarreformen verkörpern eine Hoffnung auf eine gerechtere und nachhaltigere Entwicklung. Können sie dazu beitragen, den Hunger zu bekämpfen: mittels gerechtem Ressourcenzugang, starker sozialer Mobilisierung und einer selektiven Struktur- und Förderpolitik?“ (S. 4)

Die Synode einer Kirche in der Größe Oldenburgs ist überfordert, zu den drängenden weltpolitischen Fragen in aller Tiefe und Breite Stellung zu nehmen. Dafür haben wir keine Fachkräfte, und selbst wenn wir sie hätten, würden wir schnell an dieselben Grenzen stoßen, an denen sich verschiedene Interessen mit missionarischem Eifer scheinbar unversöhnlich gegenüber stehen. Ich halte jedoch den Mindestanspruch für nötig, den wir an uns selbst stellen sollten, dass wir um die Grundproblematik von Frieden und Gerechtigkeit in ihrer Wechselwirkung wissen, sie weiter verfolgen und – soweit es die ökumenische Entwicklung zulässt – mit den Möglichkeiten eines globalen Christentums uns um Fairness in der Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Schwachen und Unterdrückten bemühen. Dazu gehört auch unsere Fürbitte in den Gottesdiensten, dazu gehören auch unsere Beiträge im Rahmen unserer Partnerschaften mit den Kirchen in Togo und Ghana sowie die Unterstützung der Eine-Welt-Läden und des segensreichen Dauerbrenners „Brot für die Welt“.

Das Ringen um Gerechtigkeit und Frieden im internationalen Bereich und im eigenen Lande bleibt eine Grundsatzaufgabe, solange sich in vielen Teilen der einen Welt Gerechtigkeit und Friede nicht einmal umarmen, geschweige denn küssen.

III. Solidarität auf dem Prüfstand

Der Flutwelle an der Elbe folgte eine Spendenflut in Deutschland. Mehr als 400.000 Spender haben ihren Solidaritätsbeitrag allein der Diakonie Katastrophenhilfe zukommen lassen, fast 90 % von ihnen engagierten sich zum ersten Mal. Gemeinden sammelten Sonderkollekten, Jugendliche organisierten Benefizveranstaltungen, Firmenmitarbeiter verzichteten auf einen Teil ihrer Gehälter.

Auch die Medien trugen ihren Teil dazu bei, den Flutopfern größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Knapp 70 Mio. Euro, an denen auch das Diakonische Werk unserer oldenburgischen Kirche beteiligt war, hat das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Opfer der Flutkatastrophe zusammengetragen. Allein 54 Mio. Euro gingen auf das zentrale Konto der Diakonie ein.

Der Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche Sachsens, Volker Kreß, hat den Delegierten der EKD-Synode für die Hilfsbereitschaft ihrer Landeskirchen, auch im Namen der anderen betroffenen Kirchen, ausdrücklich gedankt. Der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Pfarrer Jürgen Gode, stellte fest: „Von der Ichbezogenheit vieler Menschen in unserem Land war oft die Rede in den vergangenen Jahren, von mangelnder Sensibilität für soziale Belange und fehlendem Engagement.“

Bis es in diesem Sommer zum Wunder an der Elbe kam. Wildfremde Menschen waren bereit, Zeit, Geld und Urlaub zu opfern, um den Opfern der Flut beizustehen. Es war für die meisten eine unerwartete Erfahrung. Es ist dankbar festzustellen, dass in Notfällen nachbarschaftliche oder bundesweite Hilfe in großem Umfang von Einzelnen, Gruppen, Vereinen und Institutionen geleistet wird.

In der Krise einer in der Vergangenheit vom wirtschaftlichen Aufschwung getragenen Gesellschaft nimmt die Solidarität im gleichen Maße ab, wie der Interessenkampf für die eigenen Belange zunimmt. Vor fünf Jahren hatten der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland in die Öffentlichkeit gebracht. Unter der programmatischen Überschrift „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ warben beide großen Kirchen für das Grundkonzept der sozialen Marktwirtschaft, das um den ökologischen und globalen Aspekt weiterzuentwickeln ist. Bereits 1991 hatte die Evangelische Kirche in Deutschland eine Denkschrift zum wirtschaftlichen Handeln in Verantwortung für die Zukunft unter dem griffigen Titel „Gemeinwohl und Eigennutz“ herausgegeben.

Aufgrund der Diskussionen und Beratungen an sogenannten runden Tischen, die wieder eckiger geworden sind, habe ich den Eindruck gewonnen, dass viele Menschen, insbesondere solche mit keinem übermäßigen Einkommen, zu einem zeitlich begrenzten Verzicht auf Lohnerhöhungen bereit wären und für sozial zumutbare Belastungen durch die Erhöhung von Steuern bzw. Beiträgen zu Kranken- und Versorgungskassen Verständnis hätten, wenn ihnen die Sicherheit geboten würde, zu einer überschaubaren Stabilisierung des Gemeinwohles auf den Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes beizutragen, ohne den Eindruck oder die Kenntnis zu haben, dass ihr „Opfer“ der Solidarität eine Minderheit der Gesellschaft zusätzlich bereichern könnte. Wer in diesen sorgfältig geschilderten Gedankengang den Vorwurf einer „Neiddiskussion“ ins Spiel bringt, beschämt die Menschen, die auch bei kargem Mahl nicht den Weg zum Sozialamt suchen oder bei gutem Einkommen keine Steuern zu hinterziehen versuchen. Auf der anderen Seite gibt es – Gott sei Dank! – einkommensstarke Familien, Firmen und Verbände, die über ihre Pflichtbeiträge zum Gemeinwohl der Gesellschaft hinaus als Spender und Sponsoren manche Not lindern bzw. manches Projekt fördern, das sonst keine Chance auf Realisierung hätte. Ich behaupte also: Es gibt in Deutschland ein ansehnliches Potential von Solidarität sowohl der „armen Witwe“ als auch des „reichen Kornbauern“.

Es ist allerdings die entscheidende Frage, ob es in unserer freiheitlich demokratischen Republik den Tarifpartnern und der Politik im Widerstreit der Komponenten staatliche Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Konjunkturschwäche, europäische Gesetzgebung und internationaler Finanzmarkt gelingt, einen für die Mehrheit der Bevölkerung maßvoll gangbaren Weg zu finden, der die Reicheren nicht reicher und die Ärmeren nicht ärmer werden lässt.

Seit Monaten verfolge ich das offenkundige Phänomen, dass so gut wie alle Diskutanten aus Politik und Wirtschaft davon ausgehen, dass es nur eine Frage des „Wie“ sei, wann der wirtschaftliche Aufschwung die Bevölkerung zu einem neuen Ansturm auf Kaufhäuser und Börsen treibt. Ich bin da skeptisch, lasse mich aber gern durch erfolgreiches Wachstum zum Wohle aller widerlegen. Zur Zeit jedoch erscheint mir die Hoffnung auf große und langanhaltende Aufschwünge in der gesamten Wirtschaft nicht erfüllbar. Die wesentliche Gründe kennen wir eigentlich alle. Die Nachkriegszeit mit dem Wiederaufbauboom ist erfolgreich abgeschlossen. Viele der Menschen, die sich ein eigenes Haus oder eine Wohnung leisten können, haben ihr Ziel erreicht. Fast jede Familie in Deutschland hat die technische Grundausstattung in Küche, Bad und Keller. Nur die Waren und Güter mit begrenzter Haltbarkeit und Lebensdauer müssen von Zeit zu Zeit ersetzt werden. Weit über die Hälfte der in Deutschland produzierten Autos werden exportiert. Bei Schwankungen auf der Dollar-Basis oder bei Importbeschränkungen anderer Länder steigen die Zahlen der Arbeitslosen in Deutschland rapide an, wirtschaftlicher Abschwung ist dann unvermeidlich. In einigen Branchen wird es auch in Zukunft Wachstumsraten geben. Technischer Fortschritt schreitet weiter voran, aber meist auf Kosten der Arbeitskraft Mensch.

Und Spekulationen an der Börse, an denen neben internationalen Konzernen auch Banken und Versicherungen und sogenannte Kleinanleger ihren großen und möglichst schnellen Gewinn zu machen suchen, erleben zunehmend Einbrüche bis hin zum Verlust ihres Einsatzes. Währenddessen steigt die Verschuldung der öffentlichen Hand auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene kaum vermindert an. Wenn mir diese Beschreibung meiner Wahrnehmung nicht als unbegründete Schwarzmalerei überzeugend nachgewiesen werden kann, dann erhoffe ich ein Umdenken in Gesellschaft und Politik und die Erarbeitung von Konzepten, die den Gesamtkomplex von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen beinhalten. Christenmenschen und Landeskirchen wären wohl die Letzten, die nicht ein Gesamtkonzept befürworten würden, dass alle nach ihren Kräften in die Pflicht nimmt. Oder positiv ausgedrückt: Gerade die Akzeptanz schwieriger Voraussetzungen kann die latent vorhandene und in wirklichen Notsituationen überraschende Solidarität des überwiegenden Teiles der Bevölkerung zu neuen Ufern aufbrechen lassen.

So lange das Ergebnis der notwendigen und wünschenswerten Klärungsprozesse in unserem Gemeinwesen auf sich warten lässt, bleibt den Kirchen keine andere Wahl, als den finanziellen Bedarf für die diakonischen und caritativen Aufgaben, an denen die Kirchen nach dem Subsidiaritätsprinzip beteiligt sind, um eines menschengerechten Standards und um der Beschäftigten Willen zu reklamieren. Mit Datum vom 16.09.2002 hat die Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen und das Katholische Büro in Niedersachsen eine Verlautbarung zur Situation der Pflegedienste veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wird, dass die zunehmende Diskrepanz zwischen Aufwand und Ertrag zu einem wachsenden Druck sowohl auf die Träger der Einrichtungen wie auch auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt. Das Netz der ambulanten Pflege droht zum Nachteil der betroffenen pflegeabhängigen Menschen zu zerreißen. Wenn dieser Entwicklung Einhalt geboten werden soll, wozu die Kirchen bereit sind, wird gemeinsam mit Land und Kommunen, Krankenkassen, freigemeinnützigen und gewerblichen Anbietern nach Lösungen gesucht werden müssen. Bei einigen der kirchlichen Sozialstationen im Bereich der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg und weiteren diakonischen Arbeitsbereichen wird die finanzielle Lage immer schwieriger.

Bei meinem diesjährigen Schwerpunktthema habe ich im Blick auf die Zukunft auch positive Erfahrungen machen können. Mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ist ein Besuchs- und Informationsprogramm entwickelt worden, in welchem sich Kirche und Region als Wirtschaftsraum, Arbeitsmarkt und Lebensbereich begegnen.

Mit den Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik und Kirche haben wir Chancen, Risiken und Prognosen für die Zukunft verschiedener Unternehmen und Projekte erörtert. In der Wesermarsch stand der Wesertunnel und damit verbundene Strukturveränderungen auf dem Programm. Das Technologiezentrum Nordwest (TCN) in Schortens beschäftigt in ca. 60 Unternehmen ca. 3000 Mitarbeitende auf dem ehemaligen Gelände von AEG Olympia. Über die Aussichten im Blick auf Wirtschaft und Arbeitsplätze des Containerterminals im zukünftigen Jade Weser Port sind wir eingehend informiert worden. Bei Bösel haben wir in einem landwirtschaftlichen Betrieb am Beispiel der Putenzucht mit Fachleuten über die Lebensmittelwirtschaft Niedersachsens, die allein in der Region Weser Ems 34.000 Menschen einen Arbeitsplatz bietet, auch im Rahmen des europäischen Wettbewerbes gesprochen. Bei diesen drei Begegnungen sind jeweils auch die Aspekte der Nachhaltigkeit im Blick auf Natur, Tier und Mensch zur Sprache gekommen. In Delmenhorst wurde uns eine Ausbildungswerkstatt der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA) vorgestellt, in der im Textilbereich die Integration ausländischer Jugendlicher in die Arbeitswelt mit Erfolg praktiziert wird. In allen Begegnungen waren Vertreter der Wirtschaftsunternehmen, der Kommunen, der zuständigen Behörden und Kirchenkreise kompetente Gesprächspartner. Die Tatsache, dass Kirche den Kontakt zur Arbeitswelt sucht, zuhört, kritisch nachfragt und ermutigt, ist durchweg positiv vermerkt worden. Im Frühjahr folgen zwei weitere Besuche im Ammerland und in Oldenburg.

Im Jahrbuch der Diakonie 2002, das „Die Zukunft der sozialen Dienste“ in den Blick nimmt, ist ein Grundsatzbeitrag von Heiner Geissler abgedruckt, den er auf der Diakonischen Konferenz im Oktober 2001 zum Thema „Ethische Herausforderungen des gesellschaftlichen und sozialen Fortschritts“ gehalten hat. Diesen Beitrag lege ich Ihnen wiederum als Einladung zur eigenen Lektüre oder zur Gesprächsgrundlage in Gruppen und Kreisen Ihres gemeindlichen und sonstigen Einzugsbereiches bei. (Anlage 3)

Aufmerksam machen möchte ich auf das soeben erschienene Buch der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege über ihr Profil und ihre Leistung. Darin wird die Freie Wohlfahrtspflege als eine unverzichtbare Säule des Sozialstaates der Bundesrepublik Deutschland ins Licht gestellt. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehören Die Arbeiterwohlfahrt, Der Deutsche Caritasverband, Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Das Deutsche Rote Kreuz, Das Diakonische Werk der EKD und Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland an.

Ohne die Arbeit der Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichen in der freien Wohlfahrtspflege, die der Staat im Respekt vor der Verfassung nach dem Subsidiaritätsprinzip unterstützt, wäre das Gemeinwohl gefährdet. Es ist beeindruckend, wie das bürgerschaftliche Engagement in einer Fülle von Betätigungsfeldern dazu beiträgt, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten das gesellschaftliche Gefüge einigermaßen im Lot bleibt.

Solidarität war auch beim 40jährigen Bestehen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Oldenburg e.V. am 21. Januar 2002 zu spüren. Über mein Grußwort hinaus (Anlage 4) habe ich bei verschiedenen Besuchen der jüdischen Gemeinde meine Freude über das neue Gemeindehaus neben der neuen Synagoge in der Wilhelmstrasse und unsere evangelische Solidarität mit der wachsenden jüdischen Gemeinde in guter Nachbarschaft und Freundschaft zum Ausdruck gebracht. Es bleibt für mich wunderbar, dass nach allem, was war, ein neues Miteinander wächst und gedeiht.

IV. Charta Oecumenica

Hotline zum Himmel – so war eine Titelgeschichte des Spiegel im Mai 2002 überschrieben. Dazu stand in der Einleitung: „Warum beten Menschen Götter an? Bisher grübelten die Kulturforscher über diese Frage nach. Nun bekommen sie Unterstützung von Hirnforschern, die im Geflecht der grauen Zellen den Ursprung der Religion finden wollen. Schon steht eine bestimmte Hirnregion als Sitz Gottes unter Verdacht.“ Es mag schon sein, dass es in den Windungen des menschlichen Hirns eine kleine Schaltstelle für religiöse Angelegenheiten gibt. Aber die Behauptung, es gäbe ein Gott-Modul im Schläfenlappen, wirkt genauso hirnrissig wie die Frage von Erich von Däniken, ob Jakob in seinem berühmten Traum von der Himmelsleiter vielleicht die göttlichen Diener beim

Verladen von Waren ins Raumschiff ertappt habe. Immerhin offenbart der Artikel die Erkenntnis, dass 50 Prozent der Bevölkerung an die Existenz von Schutzengeln glaubt. Und das brauchen ja, wie wir längst wissen, keine Menschen mit Flügeln zu sein.

Ganz und gar irdisch und dennoch auf den Dialog zwischen Gott und Mensch, zwischen Kirchen und Völkern angelegt ist die Charta Oecumenica, die von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen im April 2001 in Straßbourg unterzeichnet worden ist. In diesen Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa ist auf zehn Seiten für manche europäische Länder Erstaunliches, für die deutsche Ökumene schon fast Selbstverständliches zusammengetragen worden.

(Inhaltsübersicht Anlage 5) Die knappen theologischen Erläuterungen, die verbunden sind mit einer kurzen Beschreibung der gegenwärtigen Situation, enden jeweils mit Selbstverpflichtungen, die die europäischen Kirchen für sich übernehmen sollen. Da diese Charta möglicherweise noch einmal Gegenstand synodaler Beratung sein wird, sei nur darauf hingewiesen, dass sie ein einmaliges Dokument auf europäischer Ebene ist, einen Beitrag zu mehr Verbindlichkeit leisten möchte und sich gegen ökumenische Resignation und konfessionelle Selbstgenügsamkeit wendet. Mittlerweile sind die Texte in 25 Sprachen erschienen.

Zwar ist diese Charta Oecumenica für die nicht katholischen Kirchen Europas, die in der sogenannten KEK vertreten sind, von einem orthodoxen Metropoliten Jérémie als dem Präsidenten dieser Konferenz unterzeichnet worden, aber orthodoxe Vertreter haben im Rahmen dieses Papiers erfolgreich darauf hingewirkt, dass man zwar „füreinander“, aber nicht „miteinander“ beten kann. Schon länger deutete sich der Konflikt zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und der übrigen Ökumene an, der in der einseitigen Absage an ökumenische Wortgottesdienste gipfelt und allenfalls ökumenische Andachten zulassen will. Dies war auch der Hauptgrund für den Rücktritt von Landesbischofin Dr. Käßmann aus dem Zentralrat des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK). Dennoch darf diese Ebene ökumenischer Begegnung, Beratung und gemeinsamen Handelns vor der Welt und für die Welt nicht aufgegeben werden.

Die Ökumene im Oldenburger Land dagegen entwickelt im Rahmen der bekannten theologischen und ekklesiologischen Grenzen, die beiden Kirchen auf ihre Weise gesetzt sind, eine zunehmende Dynamik und Vielfalt. Beim Ökumenischen Gespräch zwischen dem Offizialat Vechta und der oldenburgischen Kirche letzte Woche im 36. Jahre seines Bestehens wurde ein Projekt ökumenischer Fortbildung für Kirchenälteste, Pfarrerrinnen und Pfarrer und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das kommende Jahr in Auftrag gegeben.

Mit zahlreichen Besuchen des katholischen Weihbischofes Timmerevers in Oldenburg und des oldenburgischen Bischofs in Vechta zum Advent, während der Passionszeit, bei Jugendmessen und auf der Landesgartenschau wird auch auf dieser Ebene das meist freundschaftliche

Verhältnis zwischen katholischen und evangelischen Geistlichen vor Ort unterstrichen. Eine erstmals durchgeführte gemeinsame Konferenz der Dechanten und Kreispfarrer findet im nächsten Jahr ihre Fortsetzung. Sowohl bei der Eröffnung der Landesgartenschau (Anlage 6) als auch bei den täglichen Andachten um fünf vor fünf und den einmal im Monat stattfindenden Gottesdiensten war die gesamte Ökumene, also auch Methodisten, Baptisten und andere Freikirchen, vertreten. Der Leiter der Vorbereitungsgruppe, Pfarrer Muther, betrachtet den Einsatz der Kirchen als einen vollen Erfolg. „Die kirchliche Präsentation auf der Landesgartenschau hat gezeigt, wie gut und harmonisch die ökumenische Arbeit funktionieren kann. Ein hoffnungsvolles Signal für künftige Projekte.“ Ich habe mich mit einem Bischofsabend bei diesem Vorbereitungsteam für seinen intensiven Einsatz bedankt.

Im Laufe des Jahres ist es zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in dem Großraum Oldenburg (ACKO) gekommen, was die Zusammenarbeit, auch bei besonderen Anlässen, die ein kurzfristiges Handeln notwendig machen, erleichtert. Als Mitglieder gehören der ACKO an: Evangelisch-freikirchliche Gemeinde (Baptisten), Evangelisch-lutherischer Kirchenkreis Oldenburg Stadt, Evangelisch-methodistische Kirche, Freie Christengemeinde, Mennoniten Gemeinde Leer-Oldenburg, Römisch-katholische Kirche, Selbständige evangelisch-lutherische Kirche, als Gastmitglieder sind die freie evangelische Gemeinde und die

Siebenten-Tags-Adventisten vertreten. Auch auf der Ebene der Stadt Wilhelmshaven haben sich die verschiedenen Konfessionen zu einer engeren Zusammenarbeit verabredet. Im ländlichen Raum bedarf es keines organisatorischen Aufwandes, weil jeder jeden kennt und man gemeinsam bei vielen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit auftritt.

Die Landesausschüsse des Deutschen Evangelischen Kirchentages und die katholischen Laiengremien haben zur Beteiligung am ersten Ökumenischen Kirchentag vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin aufgerufen. Es ist die Hoffnung des Oberkirchenrates und des Offizialates, dass regionale und lokale Gruppen unserer Kirchen sich auf dieses Ereignis thematisch vorbereiten, möglichst gemeinsam nach Berlin fahren und dort in denselben Bezirken untergebracht werden, um dieses ökumenische Ereignis unter dem Leitwort „Ihr sollt ein Segen sein“ gemeinsam zu feiern.

Schließlich sei auf das Jahr der Bibel 2003, das unter dem Motto „Suchen. Und Finden.“ steht, hingewiesen. Eine Fülle von Material zu besonderen Aktionen, Ausstellungen, Seminaren und Projekten, auch für Jugendarbeit und Religionsunterricht, ist im Angebot. Zur Unterstützung aller Aktivitäten im Jahr der Bibel und als Ausdruck der gemeinsamen Freude an Gottes Wort findet am 23. Februar ein ökumenischer Gottesdienst am Nachmittag in Varel statt, an dem Weihbischof Timmerevers und der Berichterstatter mitwirken. Sollte diese Vielfalt gemeinsamer Gottesdienste und Begegnungen den Eindruck erwecken, Gläubige könnten die Ökumene bereits à la carte genießen, so muss leider darauf hingewiesen werden, dass es in der Charta Oecumenica mit Rücksicht auf die römisch-katholische und natürlich die orthodoxen Kirchen nur heißt:

„Wir verpflichten uns, in der Kraft des Heiligen Geistes auf die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi in dem einen Glauben *hinzuwirken*, die ihren Ausdruck in der gegenseitig anerkannten Taufe und in der eucharistischen Gemeinschaft findet sowie im gemeinsamen Zeugnis und Dienst.“

V. Evangelische Reformen und Aktionen

Auf der Ebene der Synode und der Kirchenleitungen der Evangelischen Kirche in Deutschland beherrscht spätestens seit Januar 2002 die Frage die lutherischen, unierten und reformierten Gemüter, ob eine Reform der EKD nötig und möglich ist. Mittlerweile ist das Thema so in den Blick der Öffentlichkeit gekommen, dass die Akademie der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg zu einem Studientag am 19. Oktober 2002 ins Friedas-Frieden-Stift eingeladen hatte. Worum geht es? Der Präsident des hannoverschen Landeskirchenamtes, Dr. Eckhard von Vietinghoff hatte zu Beginn dieses Jahres Reformvorschläge zu einer Stärkung evangelischer Identität unter Wahrung konfessioneller Grundüberzeugung und zu einer organisatorischen Straffung der gesamtkirchlichen Arbeit in der EKD aufgerufen. Auslöser waren Schritte zur Bildung einer Union evangelischer Kirchen, in der die alte Evangelische Kirche der Union (EKU) und die Arnoldshainer Konferenz aufgehen sollten.

In der Arnoldshainer Konferenz sind alle reformierten, unierten und lutherischen Kirchen, die nicht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD) angehören, in der Form einer Arbeitsgemeinschaft zu überwiegend theologischen und kirchenrechtlichen Fragen vertreten. Ziel dieses befristeten Zusammenschlusses aller Nicht-VELKD-Kirchen mit Ausnahme der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg und der Evangelischen Landeskirche in Württemberg ist es, dass die vorhandenen Zusammenschlüsse bekenntnisgleicher Kirchen (8 lutherische in der VELKD) und der bekenntnisverschiedenen Kirchen (14 in der neuen UEK) sich auflösen und ihre im engen Sinne konfessionsbezogene Arbeit in Gestalt von Konventen lutherischen und reformierten Bekenntnisses sowie unierter Tradition unter dem Dach der EKD fortführen. Während die Mehrzahl der VELKD-Kirchen bisher mehr Probleme als Vorteile sieht, wird auf der UEK-Seite diese Reform im deutschen Protestantismus überwiegend positiv gesehen. Die Haltung der oldenburgischen Kirche ist eindeutig. Bewußt ist Oldenburg nach dem Kriege nicht der neuen VELKD beigetreten, ebenso entschieden werden wir nun nicht der Übergangskonstruktion UEK beitreten, obwohl wir bisher Mitglied in der Arnoldshainer Konferenz gewesen sind. Allerdings möchten wir, wie auch die württembergische Kirche, wie bisher in der VELKD und neu in der UEK einen Gaststatus einnehmen, um auf theologischem und kirchenrechtlichem Gebiet mitzuarbeiten und das Gespräch der Konfessionen untereinander zu fördern. Die Gründe aus Vergangenheit und Gegenwart befinden sich in dem Statement, das ich auf dem Studientag unserer Akademie abgegeben habe. (Anlage 7) Es ist aber schon ein erstaunliches Phänomen, dass die oldenburgische Synode sich mit der Verabschiedung ihrer Kirchenordnung im Jahre 1950, insbesondere durch den Artikel 1 Abs. 3, über enge konfessionelle Grenzen hinweg für eine Weite ökumenischer Beziehungen in Deutschland und in der Welt ausgesprochen hat. Dieses jüngere Erbe unserer Kirchengeschichte werden wir mit dem reformatorischen Erbe lutherischer Bekenntnisschriften bewahren und bewähren.

Besonders nach der Leuenberger Konkordie von 1973, in deren Geist die reformatorischen Kirchen sich volle Kirchengemeinschaft gewähren, sind von allen Landeskirchen mit ihrer bekenntnisgleichen oder bekenntnisverschiedenen Prägung viele Dinge zur Stärkung eines evangelischen Wir-Gefühles auf den Weg gebracht worden: Evangelisches Gesangbuch, Evangelisches Gottesdienstbuch,

gemeinsames Mitgliedschaftsrecht, und ganz frisch die Ratifizierung des modifizierten Militärseelsorgevertrages, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Aufkleberkampagne: „Ohne Sonntag gibt's nur noch Werktage.“ Oder die EKD-Initiative 2002 mit dem Ziel „Gemeinsam Antworten finden“. Dazu wird es eine differenzierte Auswertung geben, die das Plus und Minus einer solchen Aktion feststellen wird. Die eingerichtete Hotline wird auf jeden Fall bis April nächsten Jahres weitergeführt, um auf EKD-Ebene eine zentrale Anlaufstelle für Menschen mit ihren Fragen oder ihrer Kritik bedienen zu können.

Werfen wir einen kurzen Blick auf unsere partnerschaftlichen Beziehungen. Der Begegnungskirchentag vom 31. Mai bis 2. Juni 2002 in Görlitz hat nach 50 Jahren Partnerschaft zwischen unseren Kirchen zur Stärkung alter Beziehungen und zur Aufnahme neuer Kontakte geführt. Die Einbettung unserer besonderen Beziehung in eine Begegnung der Görlitzer mit ihren polnischen, tschechischen und slowakischen Nachbarn hat sowohl uns als auch den östlichen Nachbarn gut getan. Es ist wichtig, von Zeit zu Zeit über den Horizont hinauszuschauen.

Mit der Umstrukturierung der Norddeutschen Mission zu einem gleichberechtigten Verbund der Bremischen Evangelischen Kirche, der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, der Evangelisch-reformierten Kirche in Leer, der Lippischen Landeskirche in Detmold, der Eglise Evangelique Presbyterienne du Togo und der Evangelical Presbyterian Church of Ghana ist ein zukunftsweisender Schritt vollzogen worden, der in Ablösung des ehemaligen Patenschaftsverhältnisses ein echtes Partnerschaftsverhältnis ermöglicht.

Im Frühjahr war Oberkirchenrat Grobleben in Lomé und Accra zu einer theologischen Konsultation zu den besonderen Herausforderungen der afrikanischen Gesellschaft im Allgemeinen und durch die Aids-Problematik im Besonderen. Als neuer Moerateur ist Pfarrer Dr. Bessa eingeführt worden. Er kommt in wenigen Wochen nach Deutschland. Er wird berichten über den politischen Spielraum für die Anstrengungen der evangelischen Kirche für mehr Bildung und Demokratie unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen.

Wir sollten sowohl die Arbeit der Norddeutschen Mission weiterhin unterstützen und in unserer Spendenbereitschaft für eine Vielzahl wirkungsvoller Projekte im Schul- und Gesundheitswesen bzw. in der theologischen, diakonischen und kirchenmusikalischen Ausbildung nicht nachlassen.

In der Stadt Oldenburg ist eine Büste des großen evangelischen Theologen Rudolf Bultmann der Stadt übergeben worden. Der aus Wiefelstede stammende Rudolf Bultmann hat am Alten Gymnasium in Oldenburg sein Abitur bestanden und 1907 sein Theologisches Examen beim Oberkirchenrat in Oldenburg abgelegt. Nach Promotion und Habilitation war er nach Zwischenstationen in Marburg, Breslau und Gießen von 1921 bis 1951 Ordentlicher Professor für Neues Testament in Marburg. Der Standort für die Büste ist ausgezeichnet gewählt.

Zu Bultmanns rechter Seite steht das Alte Gymnasium mit seiner großherzoglichen Tradition, halb links nach vorn erhebt sich die St. Lamberti Kirche, an der sein Vater um die Jahrhundertwende das Evangelium verkündigt hat. Mit dem Staatstheater als einer Stätte kulturellen Reichtums von der Antike bis in die Gegenwart im Rücken und dem alten Pulverturm als kompakter Mahnung für Gerechtigkeit und Frieden vor Augen, umgeben von Baum und Wasser und frequentiert von jung und alt per Rad und zu Fuß, ist Rudolf Bultmann leicht zu finden. Etwas schwerer ist es, seine Werke zu lesen. Aber es lohnt sich. Eine Aufsatzsammlung mit dem Titel „Neues Testament und christliche Existenz“ ist als UTB-Taschenbuch 2316 bei Mohr Siebeck neu erschienen.

Nach dem ersten Regionalkirchentag in Wilhelmshaven vor einigen Wochen werden im kommenden Jahr die

anderen Kirchenkreise unserer oldenburgischen Kirche nachziehen, um sich ihrer eigenen evangelischen Identität in ökumenischer Offenheit zu vergewissern und nach außen in ihre Region ein Zeugnis evangelischen Glaubens und gesellschaftlicher Verantwortung zu geben. Vom 25. bis 27. Juni 2004 soll dann ein großer Landeskirchentag in Oldenburg stattfinden, zu dem schon heute herzlich eingeladen wird. Halten Sie sich jetzt schon den 26. Juni frei und überlegen Sie bitte, wie sie mit den vielen Gemeindegliedern und Mitarbeitenden Ihrer Gemeinde mit welchem Transportmittel zu einem großen Treffen mit Nachdenklichkeit und Freude in thematischen Gruppen, Auftritten an verschiedensten Stellen der Fußgängerzone und einer gottesdienstlichen Feier auf dem Schlossplatz kommen wollen. Am Sonntag soll dann in allen Gottesdiensten der Gemeinden unter einem gemeinsamen Thema mit den Daheimgebliebenen die Verbundenheit aller evangelischer Gemeinden zum Ausdruck gebracht werden.

Zu dem diesjährigen Adventsempfang am 5. Dezember in der Lambertikirche zu Oldenburg müßten Sie alle die Einladung erhalten haben. Ihre Anmeldung können Sie gleich bei mir abgeben. Mit dieser Art einer Begegnung zu Beginn des neuen Kirchen- und Kalenderjahres wollen wir in einer zuversichtlich-fröhlichen Weise auf die Stärken kirchlicher Arbeit aufmerksam machen und dazu einladen, evangelische Kirche als eine sympathische Versammlung wahrzunehmen, der Zukunftsorientierung im Zeichen der Hoffnung am Herzen liegt. Der Gospelchor der Wildeshauser Alexanderkirche wird uns und unsere Gäste begeistern.

Am Anfang dieses Berichtes stand ein Psalm, dem, wenn er vertont würde, die Moll-Tonart gut anstünde. Am Ende soll ein Choral von Hanns Dieter Hüsch uns in Dur-Stimmung ein wenig abheben von Problemen und Querelen, denen wir mitunter ausgesetzt sind. 1995 hat Hüsch ein Buch mit dem Titel herausgegeben „Geschichten zwischen Himmel und Erde“. Seine Texte sind entstanden nach einem Besuch beim lieben Gott, der ihn von Dinslaken in den Himmel eingeladen hatte. In dem Psalm am Anfang hat er mehr die irdischen Schritte im Blick. In dem Choral am Ende mehr das himmlische Ziel.

Wir alle sind in Gottes Hand
Ein jeder Mensch in jedem Land
Wir kommen und wir gehen
Wir singen und wir grüßen
Wir weinen und wir lachen
Wir beten und wir büßen
Gott will uns fröhlich machen

Wir alle haben unsre Zeit
Gott hält die Sanduhr stets bereit

Wir blühen und verwelken
Vom Kopf bis zu den Füßen
Wir packen unsere Sachen
Wir beten und wir büßen
Gott will uns leichter machen

Wir alle haben unser Los
Und sind getrost auf Gottes Floß
Die Welt entlang gefahren
Auf Meeren und auf Flüssen
Die Starken mit den Schwachen
Zu beten und zu büßen
Gott will uns schöner machen

Wir alle bleiben Gottes Kind
Auch wenn wir schon erwachsen sind
Wir werden immer kleiner
Bis wir am Ende wissen
Vom Mund bis zu den Zehen
Wenn wir gen Himmel müssen
Gott will uns heiter sehen.

Die himmlische Geduld, die Sie beim Vortrag dieses Berichtes an den Tag gelegt haben, möge Ihnen allen dereinst, ich will mich evangelisch ausdrücken: nicht zum Nachteil gereichen, in der katholischen Version dürfte es lauten: zugute kommen. Auf diesen kleinen Unterschied können und werden wir als Protestanten nicht verzichten.

Peter Krug